

Chronik des Tages.

- Die Präsidentschaftskandidaten Hindenburg und Marx wendeten sich mit programmatischen Osterbotschaften an das deutsche Volk.
- Der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund veröffentlichte eine Erklärung, daß er zur Kandidatur Hindenburgs noch nicht Stellung genommen habe; er sei zu Unrecht in dem Aufruf des Reichsblocks genannt worden.
- Das Gutachten des Marschalls Foch über die Abrüstung Deutschlands ist der Vorkonferenz immer noch nicht zugegangen.
- Der langjährige Vizepräsident des Reichstages, Dr. Paasche, ist auf einer Vortragstour in Amerika gestorben.
- Das französische Kabinett ist nach einer Abstimmungsniederlage im Senat zurückgetreten.
- Bei einem Eisenbahnunglück in Spanien wurden 26 Fahrgäste getötet und 150 verletzt.

Der Sturz Herriots.

Nachdem es tags zuvor noch dem französischen Ministerpräsidenten Herriot in der Kammer gelungen war, für sich und sein Kabinett ein Vertrauensvotum durchzusetzen, hat sich am darauffolgenden Tage, wie schon seit kurzem vorausgesehen, das Schicksal an ihm erfüllt. Diese Wendung für Herriots Kabinett, die also keinesfalls überraschend kam, war dadurch heraufbeschworen worden, daß die Senatslinks zu Herriot eine Abordnung entsandt hatte, um ihn zu ersuchen, sich dem Senat eine Stellungnahme zur Frage der Finanzpolitik zu erbitten. Der oppositionelle Senator Francois Marsal, der unter Millerand Finanzminister war, teilte Herriot mit, daß er ihn wegen seiner Rede in der Kammer interpellieren werde. Da Herriot die sofortige Beantwortung der Interpellation zusagte, wurde sie bereits für die Nachmittagsitzung des Senats angelegt.

Bei der Senatsdebatte am Nachmittag wurde schon gleich durch Marsal Konfliktstimmung erzeugt, durch die Erklärung, die Öffentlichkeit habe Herriot schon Angst das Vertrauen entzogen. Weiter teilte er unter großer Bewegung mit, dem Staate sei durch die wachsende Verschuldung des Publikums gegenüber den Staatspapieren und der Anleihe seit dem September vergangenen Jahres ein Schaden von über 20 Milliarden Papierfranken erwachsen. Das Vertrauen zu dem gegenwärtigen Kabinett, das durch günstige außenpolitische Umstände vorübergehend einen Höhepunkt erreicht habe, sei auf den Nullpunkt gesunken.

Herriot, der zu einer sehr ausgedehnten Erwiderung das Wort ergriff, stellte in Abrede, daß er des öffentlichen Vertrauens verlustig gegangen sei und wies u. a. darauf hin, daß eine Anleihe vom 24. Februar 1924 zu der Zeit Poincarés ein völliges Fiasko war. Weiter zitierte der Ministerpräsident Auszüge aus einem Bericht Marsals über die damalige Finanzpolitik der Regierung und stellte fest, daß der Interpellant Poincaré die schwersten Vorwürfe gemacht habe.

Sehr scharf wandte sich Poincaré gegen die Politik Herriots, namentlich gegen die Methode, die früheren Regierungen für die heutigen Sünden verantwortlich machen zu wollen. Lediglich das Verlangen Deutschlands sei die Ursache der Verschuldung Frankreichs und der Verlegenheit der Finanzverwaltung. Bei der nachfolgenden Abstimmung unterlag Herriot mit 156 gegen 132 Stimmen. Da die Vertrauensfrage gestellt worden war, mußte das Kabinett zurücktreten.

Infolge des Rücktritts werden das Budget und die Finanzvorlage mindestens für einen Monat verzögert. Nach der allgemein herrschenden Ansicht wird der bisherige Finanzminister de Monzie in das kommende Kabinett mitübernommen. Nach den Presseinformationen zu schließen, beabsichtigt der Präsident der Republik eine schnelle Lösung der Kabinettskrise herbeizuführen. Es ist recht unwahrscheinlich, daß der Senat einem neuen Kabinett Herriot das Vertrauen aussprechen wird, selbst wenn der unendlich gemachte Unterrichtsminister Francois Albert ausgetauscht bleibt. Die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Kammer und Senat wird damit in greifbare Nähe gerückt. Dem Senat allein steht das Recht zu, die Auflösung der Kammer vorzuschlagen. Da aber das Budget noch nicht verabschiedet ist, wird der Senat kaum von diesem Vorrecht Gebrauch machen.

Eines Tages aber wird es sich doch einmal zwischen Kammer und Senat entspannen müssen, denn seit dem am 11. Mai vorigen Jahres stattgehabten Neuwahlen und der damit erfolgten Bildung des Kabinetts Herriot treten die Gegensätze zwischen Senat und Kammer ständig scharfer in Erscheinung. Die Ursache liegt vor allem darin, daß der Senat, der in Zwischenräumen von drei Jahren zu einem Drittel in indirektem Verfahren neu gewählt wird, in der Hauptsache in der Handzeit des Nationalen Blocks zustande gekommen ist, während in der Kammer der Linksbund noch eine natürliche Mehrheit aufweist. Man wird abzuwarten haben, ob die Versuche, eine Brücke der Verständigung zu bauen, zum Erfolge führen. Wir vom deutschen Standpunkte aus müßten es dem Schicksal schlimmer als sonst etwas verargen, wenn bei der Entwicklung der Dinge wieder einer Verhandlungspolitiker der Weg bereitet würde, für die die Herr Poincaré ein nur zu ables Beispiel war.

Am Herriots Nachfolge.

Ein Kabinett Painleve-Briand?

Der französische Präsident Doumergue erteilte seine Befehle wegen der Neubildung des Kabinetts fort. Er empfing u. a. den sozialistischen Führer Jean Blum. Nach Beendigung der Unterredung erklärte dieser den Journalisten im Saal, er sei mit der Kabinettsbildung beauftragt worden und werde infolgedessen keine Sekunde zu verlieren. Bilotte, der etwas später beim Präsidenten war, teilte den Berichterstattern mit, er habe dem Präsidenten der Republik auseinandergesetzt, daß „Frankreich die Schmach Deutschlands erspart bleiben müsse, durch den Beitritt zur finanziellen Befundung zu gelangen“. Im Interesse der finanziellen Wiederaufrichtung habe

er den Präsidenten erneut auf die Notwendigkeit eines weiteren engen Zusammenarbeitens der Linksparteien hingewiesen. Nach Blum und Bilotte wurden Paul Boncour, Louis Marin und Loucheur und schließlich auch Briand empfangen, mit dem der Präsident der Republik eine besonders lange Aussprache hatte. Die größte Aussicht auf die Kabinettsbildung hat offenbar Briand, obwohl zur Zeit noch immer nicht ersichtlich ist, wie der Widerstand der Sozialisten überwunden werden wird. Ziel hängt von dem Regierungsprogramm Briands ab. Seine Berufung würde eine Ausöhnung zwischen Senat und Kammer herbeiführen. Den Vätern zufolge ging die Ansicht sämtlicher von Doumergue zu Rate gezogener Senatoren dahin, daß ausschließlich Briand als Ministerpräsident in Betracht kommen könne. Andererseits hat die radikal-sozialistische Gruppe eine Resolution angenommen, wonach sie sich gegen jeden Konflikt mit dem Senat ausspricht. Für den Fall jedoch, daß die Sozialisten nicht nachgeben, hält man

ein Kabinett Painleve-Briand für wahrscheinlich, wobei ersterer Ministerpräsident ohne Portfeuille und Briand Außenminister sein würde.

In der französischen Presse werden Herriot lange Nachrufe gewidmet. Der „Temps“ führt den Sturz des Kabinetts vor allem auf die unzulässige Uebersteigerung der Geldumlaufgrenze und dann auf die Tatsache zurück, daß die Regierung sofort nach ihrem Aufstieg am 11. Mai v. J. sich in eine rein parteipolitische Körperschaft verwandelt hätte. „Journal des Debats“ und „Liberte“ besprechen die außenpolitischen Folgen der Kabinettskrise und rechnen damit, daß die Verhandlungen über den Sicherheitspakt sowie die Regelung der Frage der Räteräumung eine weitere Verzögerung erleiden werden. „Journal des Debats“ weist darauf hin, daß es noch fraglich wäre, ob nicht außer der Finanzpolitik des zurückgetretenen Kabinetts auch sein außenpolitisches Wirken Anlaß zu dem Vertrauensvotum im Senat gegeben habe. Das Blatt fällt über die Garantievertragsverhandlungen ein vernichtendes Urteil und kommt zu dem Schluß, daß Frankreich nur bei Beilegung Herriots erneut einen engen Kontakt mit England, besonders in Anknüpfung an die persöhnlichen Pläne Chamberlains, erstreben müsse.

Mary' Osterbotschaft.

Eine Proklamation an seine Wähler.

Der Präsidentschaftskandidat des Reichsblocks, Reichstanzler a. D. Wilhelm Marx, hat an seine Wähler eine programmatische Osterproklamation gerichtet, in der er zunächst feststellt, daß das Vertrauen weiter Volkstreu ihm die Kandidatur für die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angeboten habe. Er sei diesem Ruf gefolgt, in vollem Bewußtsein, daß dieser Wahlkampf nicht nur um das höchste, sondern auch um das schwerste und verantwortungsvollste Amt der deutschen Republik geführt wird. Weiter heißt es in dem Aufruf:

Ich sehe in dem frei gewählten Staatsoberhaupt das Sinnbild, aber auch den Hüter der deutschen Volkseinheit. Diese Einheit darf nicht in sprachlicher und sprachlicher Gemeinschaft erschöpfen. Einheit des Volkes ist Einheit des Geistes. Einheit des Geistes aber ist Uebereinstimmung aller über die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens in eigenen Volk und über die Ziele für das Zusammenwirken mit allen anderen Völkern.

Die Grundlagen der sozialen Gemeinschaft im Volke aber scheinen mir zu sein: Freiheit des Einzelnen und Pflicht gegen die Gesamtheit. Wer sich dieser Pflicht bewußt ist, wird ethisch handeln, und innerhalb dieses Rahmens darf es keinem Einzelnen und keiner Gruppe verwehrt sein, nach freiem Ermessen seinem religiösen Bekenntnis zu folgen.

Ein Volk, das von diesem Geist erfüllt ist, wird ohne Schwanken auch das richtige Verhältnis zu den anderen Völkern finden. Und hier hat das deutsche Volk zwei Aufgaben: Es muß seine Freiheit erringen, um dann seine Pflicht gegen die Gesamtheit, die Menschheit, zu erfüllen und erfüllen zu können. Die deutsche Verfassung, die der Präsident des Reiches beschwören muß, zeigt den Weg, das alte schwarz-rot-goldene Symbol großdeutscher Einheit das Ziel: die Freiheit Deutschlands und die Mitarbeit dieses freien Deutschlands an einer stillschweigenden europäischen Zukunft.

Das deutsche Volk wird die Befähigung seines berechtigten Selbstbewußtseins und die Erfüllung seiner nationalen Selbstimmung künftig darin suchen, daß es mit anderen Völkern Aktion um Aktion tauscht.

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Mögen Freiheit und stilles Pflicht über alle Interessen und Parteien hinweg zum Bekenntnis des ganzen deutschen Volkes werden. In diesem Ziel mitzuwirken, ist mein ganzes Streben, wozin auch der Wille und das Vertrauen des Volkes mich stellen mag.“

Ein Aufruf des Reichsblocks.

Der Reichsblock für die Reichspräsidentenwahl fordert die ihm angeschlossenen Parteien und die republikanischen Organisationen im ganzen Reich auf, sich zusammenzuschließen und den Kampf für die Kandidatur Marx gemeinsam zu führen.

Hindenburgs Ostergruß.

Ein Aufruf an das deutsche Volk.

Der Präsidentschaftskandidat des Reichsblocks, Generalfeldmarschall von Hindenburg, wendet sich mit folgendem Aufruf an das deutsche Volk.

Waterländisch geliebte Deutsche aus allen deutschen Gauen und Stämmen haben mir das höchste Amt im Reich angetragen; ich folge diesem Ruf nach erster Prüfung in Treue zum Vaterlande. Mein Leben liegt klar vor aller Welt. Ich glaube, auch in schweren Zeiten meine Pflicht getan zu haben. Wenn diese Pflicht mir nun gebietet, auf dem Boden der Verfassung einen Kandidaten der Partei, der Person, der Herkunft und des Berufsstandes als Reichspräsident zu wirken, so soll es an mir nicht fehlen. Als Soldat habe ich immer nur die ganze Nation im Auge gehabt, nicht die Parteien. Sie sind in einem parlamentarisch regierten Staate notwendig, aber das Staatsoberhaupt muß über ihnen stehen, unabhängig von ihnen für jeden Deutschen walten.

Den Glauben an das deutsche Volk und an den Bestand Gottes habe ich nie verloren. Ich bin aber nicht mehr jung genug, um an einen plötzlichen Umsturz der Dinge zu glauben, kein Krieg, kein Aufruhr im Innern kann unsere Gefühle, leider durch Zwietracht zersplitterte Nation befreien. Es bedarf langer, ruhiger, friedlicher Arbeit. Es bedarf vor allem der Etablierung unserer Staatswesen von denen, die an der Politik ein Geschäft gemacht haben. Ohne Heiligkeit des öffentlichen Lebens und Ordnung kann kein Staatswesen gedeihen. Der Reichspräsident ist besonders dazu berufen, die Heiligkeit des Rechtes hochzuhalten.

Wie der erste Präsident auch als Hüter der Verfassung seine Herkunft aus der sozialistischen Arbeiterklasse nie verleugnet hat, so wird auch mir niemand zumuten können, daß ich jemals meine politische Ueberzeugung aufgeben. Gleich dem von mir hochgeschätzten Herrn Dr. Jarres erwarte auch ich in jeder Zeit nicht die Staatsform, sondern den Geist für entscheidend, der die Staatsform befeuert.

Ich reiße jedem Deutschen die Hand, der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahr, und den konfessionellen und sozialen Frieden will, und bitte ihn:

„Gib auch Du mit zur Auserhebung unseres Vaterlandes.“

v. Hindenburg

Dr. Jarres für Hindenburg.

Oberbürgermeister Dr. Jarres hat an seine Wähler eine Osterbotschaft ergötzen lassen, in der er zum Schluß sagt, jede am 29. März für ihn abgegebene Stimme gehöre nunmehr dem Feldmarschall von Hindenburg.

Der Frontkriegerbund, der Jungdeutsche Orden, der Stahlhelm und der Bund Wiking haben einen Aufruf erlassen mit der Aufforderung, am 26. April Hindenburg zu wählen. Ferner fordern der Reichsbund der waterländischen Arbeiter-Verene, die Waterländischen Verbände, der deutsche Reichskriegerbund „Kampfbund“, die deutsch-sozialistische Führerschaft und zahlreiche andere Organisationen ihre Mitglieder auf, ihre Stimme dem Kandidaten des Reichsblocks zu geben.

Der deutsche Vorschlag.

Zweck und Ziel des deutschen Sicherheitsangebots.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht eine Zuschrift aus diplomatischen Kreisen, die sich mit den Erörterungen über das deutsche Sicherheitsangebot befaßt und im Anschluß an die Klagen, daß die bisherigen Mitteilungen über den Inhalt und das Ziel des deutschen Angebots ungenügend gewesen seien, bemerkenswerte Mitteilungen enthält.

Nach dem Verfasser wollte die deutsche Regierung die beginnende neue Entente gegen Deutschland, die in dem Mächtepakt Frankreich, England, Belgien unter Chamberlains Führung zur Ausführung kommen sollte, verhindern. Dies sei ihr Ziel gewesen und dabei habe sie in England wie in Italien volles Verständnis gefunden. Nicht gelungen sei es ihr allerdings, die französischen Besorgnisse vollkommen zu zerstreuen. Auch heute noch nicht fest, ob die Initiative schließlich zu einem Ergebnis führe. Vorurteillos betrachtet, sei sie aber nicht eine Politik des Verzweckes, sondern ein zielbewußtes Politik zur Förderung wohlverstandener deutscher Reichsinteressen. Die Entente des Jahres 1914 sei tatsächlich im Jahre 1925 zu Grabe getragen worden.

Der Anspruch Deutschlands, seine Grenze im Osten zu revidieren und das Bedürfnis hierzu, sei von Chamberlain wie von Baldwin ohne Einspruch anerkannt worden. Die Ankündigung der angestrebten

Revision des Vertrages von Versailles

sei von der öffentlichen Meinung der Welt mit Annahme der französischen nationalistischen Presse nicht nur mit Ruhe hingenommen worden, sondern habe auch Billigung gefunden. Das Sicherheitsangebot verzichtet auf eine aggressive kriegerische Politik zur Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens. Eine friedliche Verständigung über die Wiedergewinnung von Eupen und Malmedy sei durch einen solchen Sicherheitspakt natürlich nicht ausgeschlossen, aber auch die elassische Frage sei durch das Sicherheitsangebot nicht aus der Diskussion Europas verschunden. Wollen die Elasser Autonomie erstreben, so stehe ihnen der Weg dazu innerhalb der eigenen Kräfte offen.

Auf der anderen Seite bedeutete der vorgeschlagene Sicherheitspakt für Frankreich den Verzicht auf alle Pläne, das Land Rheingebiet durch militärische Gewalt zu nehmen. England würde dadurch gezwungen werden, bei einem Angriff auf das deutsche Rheinland mit Deutschland Schulter an Schulter zu kämpfen.

Die Dinge im Osten

seien nicht abgeschlossen. In dem Augenblick, in dem die russische Entscheidung darüber falle, ob Rußland sich dauernd innerhalb seiner jetzigen Grenzen bewegen will, oder ob es die Randstaaten und die polnische Frage aufrolle, beginne auch, wenn man nicht an einen Aufruf mit Waffen denkt, sondern vielleicht an die Erörterung einer großen internationalen Konferenz, ein neuer Abschnitt der europäischen Geschichte.

Das deutsche Memorandum an die 10 Völkerbundratsmächte habe mit Entschiedenheit alle deutschen Proteste aufrecht erhalten, die jemals bei Abschluß internationaler Verträge erhoben worden seien, hinsichtlich der Kolonialfrage und der Kriegsschuldfrage.

Politische Rundschau.

Dr. Paasche. Wie durch Aufruf aus New York mitgeteilt wird, ist der frühere Präsident des Reichstages, Dr. Paasche, in Detroit gestorben. Dr. Paasche, der sich auf einer Reise durch die Vereinigten Staaten befand, wo er Vorträge über die derzeitigen Verhältnisse in Deutschland, insbesondere über die Zustände in dem von den Franzosen besetzten Gebiet hielt, erkrankte bei seiner Ankunft in Detroit vor acht Tagen an Lungenentzündung. Seine Frau, die ihn begleitete, wird die Leiche nach Deutschland bringen. Dr. Paasche war vor dem Kriege lange Jahre einer der nationalliberalen Führer im Reichstag, wo er als